Nr. 100 Freitag, den 30 April 1920 34. Jahrgang

Paderborner Anzeiger

Amtliches Kreisblatt :: Anzeiger für Neuhaus und Delbrück

Der Paderborner Anzeiger erscheint an allen Werktagen. — Bezugspreis monatlich frei ins Haus gebracht 2.— M., bei der Post abgeholt 1.70 M. durch den Briefträger 30 Pfg. mehr. — Im Paderborner Anzeiger werden alle amtlichen Bekanntmachungen des Landratsamtes, der Stadt und aller — — sonstigen Behörden veröffentlicht. — —

Paderborner Zeitung
∴ Volks-Zeitung ∴
für das
Paderborner Land

Organ des Landwirtschaftl. Kreisvereins
Publikations-Organ
∴ vieler Behörden ∴

Anzeigenpreise: Aus dem Kreise Paderborn für den einspaltigen 1 mm hohen Raum 15 Pfg., auswärtige 20 Pfg. Im Reklameteil 0.60 M. Bei Wiederholungen Rabattgewährung nach besonderem Tarif, die bei Zwangsbeitreibung indes erlischt. Beilagengebühr 12.— Mark das Tausend ausschl. Postgebühren.

Redaktion und Geschäftsstelle Bahnhofstraße 18 — Wöchentliche Gratis-Beilage „Sterne und Blumen" — Fernruf 918 — Postscheckkonto 14349 Hannover

Die Lage im Ruhrrevier. — Die Kommmission für Spaa.

Die Sicherheit im Ruhrrevier.

Scheinbare Ruhe.

Eine aus den Mehrheitsparteien bestehende parlamentarische Untersuchungskommission hat in Düsseldorf, Elberfeld, Barmen und Remscheid eingehende Besprechungen abgehalten. Nach dem von dem Ausschuß erstatteten Bericht arbeiten zurzeit zwar die politischen Behörden formell wieder unbehelligt, doch ergibt sich noch immer ein gewisser Druck, besonders in Remscheid, wo Unabhängige und Kommunisten eine starke Minderheit in der Stadtverordnetenversammlung bilden und wo es noch in den letzten Tagen zu Übergriffen der Unabhängigen, beispielsweise die

gewaltsame Vorführung von Zeitungsredakteuren,

gekommen ist. In Remscheid wird auch noch stark mit terroristischen Mitteln gearbeitet. Die Arbeiter aller Betriebe werden beispielsweise gezwungen, einen vollen Tagesverdienst in die Kasse des „Roten Vollzugsrates" zu zahlen usw. Die Besorgnis, daß eine neue „Rote Armee" gebildet werden könnte, ist indessen ebenso unbegründet, wie die Gerüchte über plündernde, bewaffnete Banden falsch sind. Dagegen ist die Waffenabgabe zurzeit noch durchweg ungenügend. In Düsseldorf wurden bis zum 14. April etwa 1000 Gewehre und 6000 bis 7000 Karabiner abgeliefert, in Elberfeld bis Mitte April 1600 Gewehre, 7 Maschinengewehre und 800 Handgranaten, in Hagen 2000 Gewehre, in Barmen 1200 Gewehre, 34 Maschinengewehre sowie große Mengen Munition, in Remscheid bis zum 16. April 475 Gewehre, 12 Pistolen und 4 Maschinengewehre. Seitdem hat sich die Zahl der abgegebenen Waffen zwar vergrößert, doch steht sie noch hinter den zuverlässigen Schätzungen über die Gesamtzahl der ausgegebenen Waffen weit zurück. Auch die Durchsuchung nach Waffen durch Patrouillen der Ortswehren hat nur geringen Erfolg gehabt. Die Parteien sind sich darüber einig, daß

die heutigen Zustände unbefriedigend

sind und dringend eine Änderung eintreten muß. Nach den Berichten des parlamentarischen Ausschusses wird eine Sicherheit nur durch die schleunige Einrichtung einer starken staatlichen Sicherheitspolizei gewährleistet werden können. In Remscheid und Düsseldorf befinden sich die Ortswehren fast ausschließlich in den Händen der Unabhängigen und Kommunisten.

*

Völlig ungenügende Waffenabgabe.

Nach einer genauen Übersicht sind insgesamt im Ruhrgebiet bis zum 20. April folgende Waffen eingebracht worden: 29 300 Gewehre, 583 Karabiner, 450 Pistolen, 395 Seitengewehre, 14 Geschütze, 159 schwere und 115 leichte Maschinengewehre, 20 Minenwerfer, über 1700 Schuß Artillerie- und Minenwerfermunition und rund eine halbe Million Schuß Infanteriemunition sowie endlich rund 10 000 Handgranaten. Diese Waffenzahl, obwohl sie zweifellos nur einen Bruchteil derjenigen Waffen darstellt, die tatsächlich sich in den Händen der Roten Armee befunden haben, übersteigt bereits die Bewaffnung der Korps Lichtschlag und Schulz.

Nachklänge zu San Remo.

Nittis Sieg!

Die französische Presse bemüht sich, das Ergebnis von San Remo als einen persönlichen Erfolg Millerands darzustellen. Bei näherer Betrachtung erscheint Millerand indessen zweiter Sieger hinter dem versöhnlichen italienischen Ministerpräsidenten Nitti zu sein. Der Ton der von San Remo an Deutschland gerichteten Erklärung der Konferenz ist zwar grob wie immer, also nach französischem Rezept angefertigt, indessen erklärt Lloyd George zu gleicher Zeit, die Alliierten würden bei der bevorstehenden Zusammenkunft in Spaa die deutschen Vertreter als gleichberechtigt behandeln. Ein italienischer Diplomat bezeichnete die Konferenz als einen großen Sieg der neuen Politik Nittis. Und dieser letztere hat recht, denn gerade Nitti war es, der, schon getrieben durch die inneritalienischen Verhältnisse, von vornherein forderte, daß man nun endlich Deutschland als gleichberechtigten Verhandlungsgegner betrachten und entsprechend behandeln müsse. Sonst käme man in aller Ewigkeit zu keinem Friedenszustand. Lloyd George sekundierte und Millerand mußte sich bequemen. Die Umdeutungsversuche der Pariser Presse werden daran nichts ändern.

*

Lügen über die Stärke der Reichswehr.

Durch die ausländische Presse gehen zurzeit wieder falsche Zahlenangaben über die Kopfstärke des deutschen Heeres. Von amtlicher Seite wird dazu mitgeteilt:

Am 5. Februar betrug die Gesamtstärke der Reichswehr 254 234 Köpfe. — Der Stand im März konnte wegen der Unruhen nicht vollständig ermittelt werden. Nach allen vorliegenden Meldungen ist jedoch die Zahl der Reichswehrtruppen andauernd gesunken. Wenn auch zunächst keine endgültigen Ziffern angegeben werden können, so muß nach dem bisher gewonnenen Überblick die Stärke der Reichswehr Anfang April auf nicht mehr als 200 000 Mann geschätzt werden. Diese Zahl sollte aber erst Mitte Mai erreicht sein.

*

Der Internationale Gerichtshof.

Kürzlich hat im Haag auf Initiative der holländischen Regierung unter Teilnahme der Schweiz und der skandinavischen Staaten eine Konferenz stattgefunden, die einen gemeinsamen Entwurf für den im Artikel 14 des Völkerbundvertrages vorgesehenen internationalen Gerichtshof ausgearbeitet hat. Der „Entwurf, der bisher geheimgehalten worden ist", wurde nunmehr der Öffentlichkeit unterbreitet. Der Gerichtshof soll aus 15 Richtern und aus 6 Stellvertretern zusammengesetzt sein, die von der Delegiertenversammlung des Völkerbundes gewählt werden. Man glaubt auf diese Weise das Prinzip der Staatengleichheit am besten zu wahren. Der Gerichtshof soll nicht nur den Mitgliedern des Völkerbundes, sondern auch allen andern Staaten zugängig sein. Er soll nur über Konflikte zwischen Staaten urteilen und für bestimmte Fragen rechtlicher Natur obligatorisch sein.

Brigade „Döberitz".

Kommandeur General Reinhardt.

Amtlich wird gemeldet:

Mit der Leitung der in Döberitz aus Formationen aller Wehrkreise zu bildenden Brigade ist General Reinhardt beauftragt worden.

Wie erinnerlich — heißt es weiter in der amtlichen Erklärung — hatte der Reichspräsident das beim Rücktritt des Reichswehrministers Noske von dem früheren Chef der Heeresleitung eingereichte Abschiedsgesuch nicht genehmigt und General Reinhardt gebeten, sich dem neuen Reichswehrminister zu besonderer Verwendung zur Verfügung zu stellen. In dieser Stellung hat General Reinhardt während der letzten Wochen im Auftrage des Ministers Geßler zahlreiche Truppen im Osten und Westen besichtigt und wird sich nun in nächster Zeit vor allem der Ausbildung der Brigade Döberitz widmen. Sie soll zu einer vorbildlichen Wehrtruppe gestaltet werden, die im Rahmen der Reichswehr als Reserve der Heeresleitung eine wertvolle Verstärkung des Rückhalts der verfassungsmäßigen Reichsregierung sein wird. Als Inspekteur dieser Wehrbrigade wird General Reinhardt dem Chef der Heeresleitung unmittelbar unterstehen, im übrigen aber zur besonderen Verfügung des Reichswehrministeriums bleiben. Es entspricht dem Wunsche des Generals nach seiner Tätigkeit im Reichswehrministerium, sich der praktischen Arbeit bei der Ausbildung und Erziehung einer Lehrtruppe aller Waffen widmen zu können und dadurch weiter an der zeitgemäßen Vervollkommnung der ganzen Reichswehr mitzuarbeiten, deren Organisation er seinerzeit als preußischer Kriegsminister geschaffen hat.

Kleine Meldungen.

Die Kommission für Spaa.

Berlin. Zu den Verhandlungen mit der Entente in Spaa werden sich voraussichtlich dorthin begeben: Reichskanzler Müller, Außenminister Dr. Köster und Reichsfinanzminister Dr. Wirth.

Streik der Binnenschiffer.

Berlin. Die Binnenschiffer auf Elbe, Oder und den märkischen Wasserstraßen sind in den Streik getreten, wodurch die Lebensmittelversorgung Berlins stark in Mitleidenschaft gezogen ist. Man befürchtet eine weitere Ausdehnung des Streiks in Norddeutschland.

Fortdauer des Interregnums in Schleswig.

Rendsburg. Die Internationale Kommission hat mitteilen lassen, daß ihre Tätigkeit in der zweiten Zone vor frühestens drei Monaten nicht beendigt sein würde. Die Abgabe der Staatshoheit an die in Betracht kommenden Staaten Deutschland und Dänemark auf Grund der Entscheidung des Obersten Rates in Paris kann demnach vor Juli nicht erwartet werden. Schleswig-Holstein wird also nicht am 6. Juni, sondern wahrscheinlich erst Anfang November für den Reichstag wählen können.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichsrat lehnte die von der Nationalversammlung mit geringer Mehrheit beschlossene Postgebührenvorlage wegen des darin aufgenommenen Frankaturzwanges für die Landesbehörden ab.

* Nach Meldung aus San Remo hat der Oberste Rat beschlossen, der deutschen Regierung alle nötigen Beweise für die Aburteilung der Beschuldigten zu übermitteln.

* Zum Kommandeur der neugebildeten Brigade „Döberitz" wurde der frühere preußische Kriegsminister General Reinhardt ernannt.

* Abg. v. Kardorff hat infolge seines Übertritts von der Deutschnationalen zur Deutschen Volkspartei sein Mandat zur Preußischen Landesversammlung niedergelegt.

* In Belgrad kam es zu schweren Straßenkämpfen, wobei es Hunderte von Toten gab.

Tohuwabohu.

Zwischen Reichsrat und Nationalversammlung ist nicht alles so wie es sein sollte. Schon manchmal wetterleuchtete es bedenklich hinüber und herüber. Kein Wunder, wir leben ja in Zeiten ständiger Erregung, die Gesetzgebungsmaschine arbeitet mit einer Fieberhaftigkeit, die wahrlich kein Zeichen gesunder Zustände ist, und die Verfassungsbestimmungen, die für beide Häuser gegeben worden sind, haben sich in der verhältnismäßig kurzen Zeit ihres Bestehens noch nicht genügend einspielen können, um ein völlig reibungsloses Zusammenarbeiten der Länder- und der Volksvertreter zu gewährleisten. Bis jetzt hat der Reichsrat schließlich immer die Rolle des klügeren Teils vorgezogen — und nachgegeben: wenn auch gegen seine bessere Überzeugung, wie in seiner öffentlichen Dienstagsitzung ausdrücklich festgestellt wurde. Plötzlich aber hat er sich auf die Hinterbeine gesetzt. Und wie immer in solchen Fällen, nicht etwa in einer großen, schicksalsschweren Frage, sondern um einer Angelegenheit willen, in der man es zu allerletzt von ihm erwartet hätte.

Es handelt sich um die Vorlage des Reichspostministers wegen Erhöhung der Gebühren und Portosätze ab 1. Mai. Die Nationalversammlung hat Herrn Giesberts bekanntlich alle Wünsche erfüllt; auch in den sauren Apfel der Zwangsbesteuerung aller Fernsprechteilnehmer hat sie gebissen, so schmerzhaft dieser Entschluß ihr gefallen sein mag. In ihrem Eifer, den mehr als notleidenden Reichsfinanzen nach Möglichkeit aufzuhelfen, ging sie indessen in einem Punkte sogar noch über die Vorschläge der Regierung hinaus, indem sie festlegte, daß künftig auch die sogenannten portopflichtigen Dienstsachen, für die das Porto bisher beim Empfänger erhoben wurde, vom Absender freigemacht werden müsse. In der Nationalversammlung hat dieser Beschluß nicht die geringsten Schwierigkeiten gemacht, von irgendwelchem Widerspruch maßgeblicher Instanzen hat man nichts vernommen. Und wenn man hört, daß die Post für jede nachträgliche Einziehung des Portos eine Arbeitsleistung von einer halben Stunde berechnet — Kostenpunkt fünf Mark! —, so kann man wohl den Wunsch begreifen, daß mit dieser unhaltbaren Einrichtung endlich aufgeräumt wird. Der Reichsrat hat aber mit einer Mehrheit von 38 Stimmen, nach heftigen Verwahrungen der preußischen, bayerischen und sächsischen Vertreter, beschlossen, gegen die Entscheidung der Nationalversammlung ganz formellen Einspruch zu erheben, was zur verfassungsmäßigen Folge hat, daß die Vorlage zu abermaliger Beschlußfassung an die Nationalversammlung zurückgehen muß. Nur wenn diese mit Zweidrittelmehrheit auf ihrem Willen beharrt, hat der Reichsrat das Nachsehen. Herr Giesberts ist aber seiner Sache nichts weniger als sicher. Händeringend beschwor er den Reichsrat, von seinem Widerspruch abzulassen. Denn einmal könne die Vorlage nun nicht mehr am 1. Mai in Kraft treten, was einen täglichen Einnahmeausfall von vier Millionen bedeute. Dann aber: wer bürgt ihm dafür, daß die Zweidrittelmehrheit sich in der Nationalversammlung zusammenfinde und daß also, wenn dies nicht geschehe, die ganze Vorlage nicht ins Wasser falle? Einige vierzig Stimmen habe die ganze Mehrheit bei der Schlußabstimmung betragen; ein Trauerspiel war es, klagte der Postmeister, wie sich alles vor dieser unangenehmen Geschichte gedrückt habe, wie die demokratischen Abgeordneten alle dagegen stimmten. Und nun sollten, in dem heutigen Stadium der Erregung, die Fraktionen so bearbeitet werden, daß sie ihren Beschluß abänderten. Das sei politisch nicht ratsam. Am liebsten hätte er den Streitfall auf dem Verordnungswege erledigt. Doch der Reichsrat blieb diesmal unerbittlich. Die Sache muß also zurück an die Nationalversammlung, trotzdem Herr Giesberts zum Schluß erklärte, daß er die Verantwortung dafür nicht übernehme.

Ein übler Zustand. Die Nationalversammlung mußte sich vom Reichsrat nachsagen lassen, daß sie sich den Konsequenzen ihrer Beschlüsse nicht bewußt sei, daß sie, ohne die Länder zu fragen und zu hören, über deren Interessen einfach hinweg gegangen sei, statt sich gerade in einem schwierigen Augenblick das, was sie beschließe, doppelt und dreifach zu überlegen. Vielleicht wird sie, da es sich ja hier um eine reine Verwaltungsfrage ohne jeden politischen Charakter handelt, nun ihrerseits nachgeben und einmal fünf gerade sein lassen; an dieser Meinungsverschiedenheit das Gesetz scheitern zu lassen, wenn man es sonst für unvermeidlich hält, wäre ja wohl auch kaum zu verantworten. Aber zwischen hüben und drüben herrscht, wie gesagt, schon seit langem ein gewisser Reizzustand, und Rücksichten der Prestige pflegen hier ebenso eine Rolle zu spielen wie in den Beziehungen anderer Großmächte untereinander. Da kann zum Schluß noch leicht ein richtiger Klumpatsch herauskommen. Herr Giesberts, der Vater des Bielefelder Abkommens, muß wieder einmal schwierigste Vermittlerarbeit leisten, delikateste Ausgleichspolitik. Minister sind heutzutage weniger als je auf Rosen gebettet.

Regierung und Landwirtschaft.

Aufruf des Reichsernährungsministers.

Der Reichsernährungsminister Dr. Hermes wendet sich

in einem Aufruf an die Landwirtschaft, in dem er auf den Ernst der Lage hinweist und sagt:

Die Reichsregierung weiß, daß die Landwirtschaft unter den Kriegswirkungen schwer gelitten hat und unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen noch schwer leidet. Sie wird daher alles daran setzen, diese Verhältnisse für die Landwirtschaft zu bessern. Sie ist gewillt, der Landwirtschaft nach Kräften zu helfen und sie vornehmlich bei der Beschaffung und Zuführung der nötigen Betriebsmittel zu unterstützen. So wird die Einfuhr von Rohphosphaten und Futtermitteln mit Nachdruck gefördert werden. Die Einfuhr von 1 Million Tonnen Mais zur Schweinemast ist gesichert. Größere Einfuhren von Oelkuchen und anderen Futtermitteln sind für die nächste Zeit in Aussicht genommen. Die Stickstoffdüngererzeugung soll auf die irgend erreichbare Höhe gebracht werden. Entsprechende Maßnahmen sind bereits in die Wege geleitet. Die Regelung des Arbeitsverhältnisses und die Erhaltung des Arbeitsfriedens auf dem Lande betrachtet die Reichsregierung als eine ihrer bedeutungsvollsten Aufgaben im Interesse der Landwirtschaft. Ebenso wendet sie der Beschaffung einer ausreichenden Zahl von Arbeitern zur Sicherung des Hackfruchtanbaues und zur Bergung der Hackfruchternte ihre vollste Aufmerksamkeit zu. Um ferner dem Landwirt die Gewähr dafür zu geben, daß in den Höchstpreisen für die an die öffentliche Hand abzugebenden Erzeugnissen auch die dauernd steigenden Kosten der Produktionsmittel berücksichtigt werden, sind zunächst für Getreide, [illegible] und Oelfrüchte Mindestpreise festgesetzt worden. Diese [illegible]preise fußen auf den Produktionskosten des Mo[illegible] Januar 1920. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist eine Indexkommission, bestehend aus hervorragenden Vertretern der Landwirtschaft und der Verbraucherschaft, in Bildung begriffen, die ihre Tätigkeit noch im Laufe dieses Monats aufnehmen wird. Diese Indexkommission wird die Steigerung der Produktionskosten, die seit dem Monat Januar 1920 eingetreten ist, feststellen und die Zuschläge vorschlagen, die bei der Festsetzung der endgültigen Höchstpreise den bekannt gegebenen Mindestpreisen hinzugefügt werden sollen.

Die Reichsregierung — so schließt der Aufruf — glaubt auf der anderen Seite auch von der deutschen Landwirtschaft erwarten zu können, daß sie die Ernährung des deutschen Volkes, insbesondere in den kommenden schweren Monaten, nach bestem Können sichern wird. Die Auslieferung von Getreide und Kartoffeln erfolgt vielfach nur sehr stockend. Soll die Ernährung in der nächsten Zeit nicht ernstlich gefährdet werden, so müssen die auf dem Lande noch vorhandenen Bestände mit Beschleunigung den Bedarfsstellen zugeführt werden. Die Milchlieferungen müssen steigen, wenn die Säuglingssterblichkeit mit Erfolg bekämpft werden soll. Trotz erheblicher Einfuhren kann die Bevölkerung in den nächsten Monaten nicht durchgehalten werden, wenn die Landwirtschaft nicht aus allen Teilen des Reiches ihre Pflicht erfüllt.

Politische Rundschau

Deutsches Reich.

+ **Versicherungsgrenze bis 15 000 Mark!** In der Sitzung des Volkswirtschaftsausschusses der Nationalversammlung wurde die Verordnung über die Krankenversicherung mit der Änderung angenommen, daß die Grenze der Versicherungspflicht auf 15 000 Mark festgesetzt wurde. Die Nationalversammlung hatte bekanntlich die Grenze von 20 000 Mk. abgelehnt. Die neue Vorlage der Regierung hatte wiederum 12 000 Mk. vorgeschlagen.

+ **Die Ablehnung der Arbeitsruhe am 1. Mai in der Nationalversammlung** erfolgte gleichzeitig mit der Verwerfung des Antrages auf Gehaltszahlung an Arbeiter und Angestellte für die Tage des Generalstreiks. Für die Anträge stimmten nur die beiden sozialistischen Parteien, alle anderen dagegen. Der Notetat wurde in der Gesamtabstimmung gegen die Deutschnationalen und Unabhängigen angenommen.

+ **Putschabsichten in Halle.** Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist es bekannt, daß bei Halle Bestrebungen gegen die Sicherheit des Staates im Gange sind. Die zuständige Stelle ist der festen Überzeugung, daß die getroffenen Maßnahmen zur Vereitelung dieser Bestrebungen vollständig ausreichen.

+ **Das Heiratsproblem der bayerischen Lehrerinnen.** Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages hat mit Stimmengleichheit einen Antrag der Sozialdemokraten abgelehnt, der von der bayerischen Regierung verlangt, die Frage des Rechts der bayerischen Lehrerinnen auf Verheiratung dem Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches zu unterbreiten.

Frankreich.

× **Restlose Aufteilung der Türkei.** Die Alliierten haben sich über die internationale Sphäre in der Türkei geeinigt. Frankreich, England und Italien werden in der ganzen Türkei in wirtschaftlicher Hinsicht einander gleichstehen. Aber Italien wird das Recht zuerkannt, das große Gebiet zwischen dem Golf von Edremid und Konia ausschließlich für sich wirtschaftlich auszubeuten. Der Golf von Edremid liegt südlich von den Dardanellen bei der Insel Mytilene. Nach der obigen Meldung würde die italienische Zone also das ganze südwestliche Kleinasien umfassen. Überdies wird Italien in der als „internationale Sphäre" geltenden übrigen Türkei die gleichen Rechte genießen wie Frankreich und England.

Serbien.

× **Blutige Straßenkämpfe in Belgrad.** In Laibach und Belgrad ist es zu blutigen Straßenkämpfen gekommen. In Laibach wurde eine Kommunistenversammlung, die den Generalstreik verkünden wollte, von der Polizei angegriffen. Ein Priester hatte von einem Fenster aus auf die Menge geschossen, worauf diese ihn lynchen wollte. Bei der Verteidigung des Priesters durch die Polizei wurden achtzehn Personen getötet und 70 verletzt. In Belgrad schossen die Truppen mit Maschinengewehren auf die Menge. Besonders blutig war der Kampf vor dem Hotel „Moskau". Es gab hier etwa 100 Tote.

Italien.

× **Fiume blockiert.** Nach einem Telegramm aus Triest hat sich zwischen General Caviglia und d'Annunzio ein neuer Zwischenfall ereignet. Einige Abgesandte von Fiume belegten 46 Pferde mit Beschlag, die den regulären Truppen des Generals Caviglia gehörten, welche die Demarkationslinie besetzt halten. Der General forderte Zurückerstattung der Pferde. Da der Forderung nicht entsprochen wurde, ordnete der General die Unterbrechung der Eisenbahnlinien an, so daß Fiume zu Wasser und zu Lande blockiert ist.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichsfinanzminister hat das Zoll-Aufgeld für Mai unverändert auf 900 % festgesetzt.

Zeitz. Zum zweiten Bürgermeister von Zeitz wurde der Mehrheitssozialist Schröter-Sigmar gewählt, jedoch von der Regierung nicht bestätigt.

Kopenhagen. Der König wird in Übereinstimmung mit dem gegenwärtigen Ministerium mit den Parteiführern in Verbindung treten, um die schleunige Bildung eines parlamentarischen Ministeriums vorzubereiten.

Rotterdam. Laut „Nieuwe Rotterdamsche Courant" haben die alliierten Truppen in Konstantinopel den vormaligen Großwesir Marschall Izzet und den Vizepräsidenten des Senats, General Ali Riza, gefangen genommen.

Newyork. Die Militärbehörden von Sonora in Mexiko geben bekannt, daß die Streitkräfte der Aufständischen die Hafenstadt Manzanilla (Colima) genommen haben. Ein in Los Angeles eingetroffener Dampfer berichtet, daß auch Guaymas von den Sonoratruppen besetzt sei.

Deutsche Nationalversammlung.

(173. Sitzung.) CB. Berlin, 28. April.

Das Haus erteilte die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abgeordneten Maretzky (Deutschnat. Vp.), wie es der Geschäftsausschuß vorschlug. Hierauf folgte der Bericht über die Einsprüche des welfischen Abgeordneten Colsborn wegen seiner Verhaftung, der Deutschnationalen Volkspartei gegen die verschärfte Verhaftung des Abgeordneten Schiele. Der Ausschuß sprach das Bedauern über diese Vorkommnisse aus und fordert die Bestrafung der Schuldigen. Nachdem Minister Koch entsprechende Schritte zugesagt hat, wird der Beschluß des Ausschusses angenommen.

Der Fall Braß

kommt nunmehr zur Behandlung. Der Unabhängige Braß wird des Landesverrats beschuldigt, da er in Koblenz den Ententevertretern unrichtige Angaben über die Zahl der deutschen Truppen im Ruhrgebiet gemacht haben soll. Der Geschäftsordnungsausschuß hat erneut beschlossen, die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Braß nicht zu erteilen. Abg. Warmuth (Deutschnat. Vp.) berichtet über die Ausschußverhandlungen. Eingegangen ist ein Antrag Burlage (Ztr.), die Genehmigung zur Strafverfolgung zu erteilen.

Abg. Brodauf (Dem.) führt aus, man dürfe in solchen Fragen nicht schematisch verfahren, sondern müsse von Fall zu Fall prüfen. Bei Hochverrat und Landesverrat-Anschuldigungen sei das allgemeine Interesse maßgebend. Der Redner betonte, der angeschuldigte Abgeordnete müßte selbst das höchste Interesse daran haben, die Sache klar zu stellen. Die Schuldfrage habe das Parlament nicht zu prüfen, sondern nur, ob das vorgelegte Material für Einleitung einer Untersuchung ausreicht. Diese Frage bejaht Redner angesichts der vorliegenden Veröffentlichungen in der Angelegenheit.

Es entspinnt sich noch eine längere Auseinandersetzung, an der sich die Abgg. Graf Dohna (Ntsch. Vp.), Eichhorn (U. Soz.), Warmuth (Deutschnat. Vp.), Burlage (Zentr.), Gothein (Dem.) und Schulz-Bromberg (Deutschnat. Vp.) beteiligten, dann wurde zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag Brodauf, wonach auch bei Genehmigung der Strafverfolgung für die Verhaftung eines Abgeordneten eine besondere Genehmigung nachgesucht werden muß, wurde mit den Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien und der Demokraten angenommen. Abgelehnt wurden die Anträge des Abg. Eichhorn auf Zurückweisung und Vorlegung weiteren Materials durch den Oberreichsanwalt.

Bei der Abstimmung über den Antrag auf Genehmigung zur Strafverfolgung blieb es zweifelhaft, wo die Mehrheit sei. Es kam zur Abzählung des Hauses, und diese ergab, daß 99 Abgeordnete für, 98 gegen den Antrag waren. Das Haus war demnach beschlußunfähig, und die Sitzung mußte abgebrochen werden. Eine neue Sitzung wurde für einige Zeit später anberaumt.

Beamten-Besoldungsgesetz.

(174. Sitzung.) CB. Berlin, 28. April.

Die zweite Sitzung des Tages, die ebenfalls schwach besucht war, begann mit der zweiten Lesung des Besoldungsgesetzes. Ausschuß und Unterausschuß haben an der Regierungsvorlage grundlegende Änderungen vorgenommen. Die Soldaten werden in allen Punkten den Beamten gleichgestellt und nach den Vorschriften des Besoldungsgesetzes behandelt. Die betreffende Zulage der ersten fünf Besoldungsklassen der Eisenbahnbeamten im Außendienst wird einheitlich auf 400 Mark jährlich festgesetzt. In Ausnahmefällen können allen Beamten Vergütungen für Nebenämter und Nebenbeschäftigungen gewährt werden, während sonst Zulagen nur im Rahmen des Etats bewilligt werden dürfen. Bei der Regelung der Dienstwohnungsfragen ist die Mitwirkung der örtlichen Beamtenvertretungen bewilligt worden. Der Kinderzuschuß ist für Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr auf monatlich 40 Mark, bis zum vollendeten 14. Lebensjahre auf monatlich 50 Mark und bis zum vollendeten 21. Lebensjahre auf monatlich 60 Mark festgesetzt. Er wird jedoch für Kinder vom 14. bis 21. Lebensjahre nur gewährt, wenn diese eigenes steuerpflichtiges Einkommen nicht haben. Weiter hat der Ausschuß die Staffel der aufsteigenden Gehälter durchweg erhöht.

Die Unabhängigen gegen den Ältestenrat.

Präs. Fehrenbach erklärte: Der Ältestenrat hat vereinbart, daß niemand zu der Vorlage sprechen sollte. Abg. Frau Zietz (U. Soz.) erklärte dagen: Wir widersprechen. Wir wollen unseren Antrag begründen. Präsident Fehrenbach erklärte dazu unter großer Unruhe des Hauses: Bindende Kraft haben die Vereinbarungen des Ältestenrates natürlich nicht. Bisher aber haben sich alle Parteien stets danach gerichtet. Der Abg. Allekotte (Zentr.) betonte, wie rührig die Beamtenvertretungen sich bemüht hätten, die Mitglieder des Unterausschusses und des Ausschusses zu Beschlüssen zu bewegen, die von den betreffenden Beamten gewünscht waren. Alsdann sprach die Abg. Frau Zietz (U. Soz.), um Anträge ihrer Partei zu begründen. Sie tat das sehr ausführlich.

Damit schloß die Aussprache und die Ausschußanträge wurden unter Ablehnung der meisten Abänderungsanträge aufrechterhalten. In der unmittelbar folgenden dritten Lesung wurde das Gesetz dann endgültig verabschiedet. Nach der dritten Lesung der Besoldungsvorlage wurden die übrigen Punkte der reichhaltigen Tagesordnung erledigt.

Vertagung vom 29. April bis 19. Mai.

Nach einem Beschluß des Ältestenausschusses wird die Nationalversammlung Donnerstag ihre Beratungen beendigen, jedoch am Mittwoch, dem 19. Mai, nochmals zusammentreten, um die dann vorliegenden dringenden Gesetzentwürfe zu erledigen. Vermutlich werden diese Beratungen bis Freitag, dem 21. Mai, abgeschlossen sein. Der Volkswirtschaftsausschuß ist genötigt, noch eine Reihe von Verordnungen durchzuberaten, und wird deshalb bereits am 17. Mai von neuem seine Beratungen wieder aufnehmen.

Preußische Landesversammlung.

(140. Sitzung.) tt. Berlin, 28. April.

Zu Beginn der Sitzung machte der Präsident dem Hause die Mitteilung, daß der Abg. Kardorff, bisher Deutschnationale Volkspartei, jetzt Deutsche Volkspartei, sein Mandat niedergelegt habe. Der Grund ist in dem Fraktionswechsel Kardorffs zu suchen. Dann wird die Beratung über die

---

Schicksal und Glück.

Kriminal-Roman von **Karl Hermann Werkmeister.**

(Nachdruck verboten.)

Kapitel VII.

Der Holzhändler und sein Neffe gingen eilig ins Dorf zurück. Sie bestellten beim Gastwirt für den Abend einen Wagen in die Stadt. Und dann begaben sie sich in Ludwigs Haus, ließen Feuer machen — sagten, daß sie ungestört sein wollten — verschlossen die Türen und setzten sich dann gegenüber.

„Das war ein unglaublicher Reinfall," sagte der Holzhändler. „Ich hätte mein Vermögen gewettet, er leugnet Sie."

„Es war die völligste Ueberraschung. Der Fall lag nicht im Bereich seiner Berechnung — und darum fand er ihn hilflos. Ich hätte fast geschrien vor Vergnügen, als er meine Bekanntschaft anerkannte. Was nun?"

Der Holzhändler sah vor sich hin: „Wir wissen nun, daß Ihr Brown, der Verwandlungskünstler und der Baron ein und dieselbe Person sind. Wie aber wollen wir diese Person mit dem damaligen Rechtsanwalt in Zusammenhang bringen? Mehr als drei Jahre sind seitdem vergangen; jede Spur ist ausgewischt."

„Scheinbar schon," antwortete der Zahnarzt, „Reinwald hat mir aber erzählt, daß etwa ein Jahr nach dem Prozeß auf dem Archiv des Stadtschlosses ein zweiter rechtsgiltiger Schein über die Abtretung des Waldes gefunden wurde. Bedenken Sie — ein zweiter Schein. Den ersten hat niemand zu Gesicht bekommen — ich meine keine Amtsperson als eben der Rechtsanwalt, der verschwunden ist. Ein zweiter Schein fand sich im Schloß. Verstehen Sie?"

„Ueber den Wald, den ich kaufen werde?" fragte der Holzhändler.

„Ueber denselben Wald."

„Sehr gut. Ich werde mir ihn pro Forma heute Abend zeigen lassen; habe das Gerücht im Dorfe gehört. Der Baron wird einen vorsichtigen Händler verstehen. Hm! Und Sie kommen nicht mit, Sie genieren sich zum Schein Ihrer Indiskretion von heute. Bitte, Sie gehen für mich in die Schenke, und mieten für Ihren Onkel ein Fremdenzimmer. Der Wirt verrät Ihnen sicher, wo damals der berühmte Rechtsanwalt gewohnt hat."

„Sehr gut. Und was sonst?"

„Ich möchte die zwei Stunden bis zur Fahrt ganz in Ruhe verbringen," sagte der Detektiv. „Lassen Sie mich, bitte, allein."

„Verfolgen Sie schon eine Spur?"

„Lieber Herr Reichenbach, wir Detektivs berichten gern über ein gelungenes Werk, — über Pläne schweigen wir."

Kapitel VIII.

Je näher Ludwig Reinwald der Reichshauptstadt kam, desto beklommener wurde es ihm zu Mute. Wie in aller Welt sollte er zu Margarete von dem ungeheuerlichen Verdacht sprechen? Er besann sich hin und her und kam zu keinem Ende. Er hatte sich hundert Anknüpfungen für dieses Gespräch gedacht auf der langen Reise, und mußte eine nach der anderen als nicht geeignet verwerfen. Alles, was er als Einleitung sagen wollte, schien ihm lügenhaft, schien ihm Komödienspiel. Er beschloß endlich, es ging nicht anders, er mußte den geraden Weg gehen, ihr sagen, daß sein Freund den Baron als einen Bekannten anderen Namens kenne — —

Als Ludwig in dem Hotel, wohin ihn Reichenbach empfohlen hatte, ankam, fand er schon eine Depesche von ihm vor. Darin stand:

„Mein alter Bekannter hat mich erkannt vor einem Zeugen. Deine Erkundigungen also berechtigt."

Diese Depesche erfüllte Ludwig mit neuer Unruhe. Also sein Freund hatte doch irgend etwas unternommen? Er war wohl auf das Schloß gegangen — wie konnte er es, ohne Verdacht zu erregen, ohne seine Nebenabsicht deutlich zu machen?

Endlich, am andern Mittag beschloß Ludwig, die Baronesse aufzusuchen. — Als er in die wohlbekannte Pension kam, meldete ihm das Mädchen, die Damen hätten einen Ausflug unternommen und würden erst spät am Abend zurückkommen. Er ließ eine Besuchkarte da mit dem Bemerken, daß er sich morgen Mittag wieder erlauben würde, vorzusprechen. Dann ging er zum Telegraphenamt. Er wollte doch gleich den Zahnarzt um Näheres bitten. Er hatte schon die Depesche geschrieben — da fiel ihm ein, der Postagent im Dorf müßte wohl Verdacht schöpfen, wenn er die sonderbaren Fragen las. Es blieb ihm nichts übrig, als zu vertrauen, daß der Freund doch sein Versprechen halten und nichts unternehmen würde, was unangenehme Folgen haben müßte. Gequält, von schlimmen Gedanken erfüllt; verbrachte Ludwig den Rest des Tages. Am andern Morgen fühlte er sich ruhiger. Es blieb nun wohl kein Ausweg, er mußte gehen, mußte die peinliche Frage stellen. Er ging den weiten Weg von der Potsdamerstraße hinaus nach Charlottenburg zu Fuß. Je näher er der Wohnung kam, desto mehr ergriffen ihn wieder Bangen und Furcht. Dann plötzlich stand er vor ihr in ihrem kleinen Wohnzimmer. Es war ihm, wie wenn ein Nebel sich vor seine Augen legte, dann hörte er sie plötzlich sprechen. Von seinem verstorbenen Vater sprach sie zu ihm, von der traurigen Zeit, die er durchlebt haben mußte, von ihrem teilnehmenden Gedenken.

(Forts. folgt.)

preußische Verfassung

fortgesetzt. Abg. Dr. Preuß (Dem): Der neue Minister des Innern hat die Verfassung als Erbschaft bezeichnet und dabei nicht den Eindruck des lachenden Erben gemacht. Gewisse Abwandlungen des Entwurfs sind allerdings unvermeidlich. Die Wendung, ich habe ja nur ein Amt und keine Meinung, hätte der Minister sich lieber schenken sollen. Niemand hat mehr die Pflicht zu einer eigenen Meinung, als gerade der Minister. Er soll nicht die Meinung seines Ministeriums vertreten, sondern seine Meinung gegenüber dem Amt durchsetzen. Während die Rechte sich bei der Kritik Zurückhaltung auferlegte, hat der Vertreter der Unabhängigen die Revolution verherrlicht, aber sie auch gleichzeitig verekelt. Die Unabhängigen vergessen immer wieder, daß Deutschland zwar nicht ohne die Arbeiterschaft auskommen kann, daß die Arbeiterschaft aber auch mit Deutschland zugrunde gehen würde.

Der Einheitsgedanke

darf nicht in dieser Weise betont werden, wie es geschehen ist. Die Aufgabe unserer Zukunft ist die Reichseinheit auf Grund der Verfassung. Diese Verfassung muß mit warmem Leben erfüllt werden. Auch der Zusammenhang Preußens selbst kann durch die Betonung zentralistischer Gedanken nur geschädigt und niemals gefördert werden. Es darf nicht die Doppelfrage entstehen: Preußen oder Deutschland, Preußen oder seine Landschaften. Wir können diese Fragestellung nur vermeiden, wenn wir Preußen eine zentralisierende Verwaltung geben unter Berücksichtigung aller von unten kommenden Sonderwünsche. (Lebhafter Beifall.)

Abschiedsfeier der Zentrumsfraktion.

Die Zentrumsfraktion der Nationalversammlung hielt am Dienstag eine Abschiedsfeier ab. Auch zahlreiche Mitglieder der bayerischen Volkspartei und der Zentrumsfraktion der preußischen Landesversammlung unter Führung ihres Vorsitzenden Geheimrats Dr. Porsch, sowie die Minister Giesberts, Dr. Bell, Dr. Hermes, Stegerwald und der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Mayer, hatten sich eingefunden. Nur noch wenige Tage trennen uns von dem endgültigen Abschluß der Nationalversammlung, und es war daher nur zu begreiflich, daß die Mitglieder der Zentrumsfraktion, die durch die Stürme des alten Jahres hindurch in emsiger Arbeit treu zusammengehalten haben, auch einmal das Bedürfnis fühlten, in frohem Zusammensein noch einmal vor dem Abschluß ihrer parlamentarischen Tätigkeit beieinander zu weilen.

Der Vorsitzende der Fraktion und zugleich Vorsitzender der deutschen Zentrumspartei, Geheimrat Trimborn, nahm die Gelegenheit wahr, in einer von der Festversammlung mit großem Beifall aufgenommenen Rede eine Art politisches Glaubensbekenntnis den Mitgliedern der Fraktion bei ihrer Heimkehr mit auf den Weg in die Heimat zu geben, welches zugleich aber auch ein Appell an die Zentrumswähler enthielt. Im weiteren widmete Geheimrat Trimborn in seiner Rede seinen Mitarbeitern und allen Mitgliedern der Fraktion warme Worte der Anerkennung. Er begrüßte die Mitglieder der bayerischen Volkspartei, wobei er die Hoffnung aussprach, daß die Wiedervereinigung in absehbarer Zeit erfolgen werde. Das Zusammengehen der beiden befreundeten Parteien sei eine unbedingte Notwendigkeit und daher müsse sich diese Hoffnung erfüllen. Warme Worte der Freundschaft widmete er auch dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion der preußischen Landesversammlung, Geheimrat Dr. Porsch, dessen Verdienst es sei, daß zwischen den beiden Zentrumsfraktionen immer der Geist warmer Freundschaft und der Zusammengehörigkeit gewaltet hat. Anerkennende Worte fand er auch für die weiblichen Mitglieder der Fraktion und er betonte das gute Verhältnis, welches sich gerade in den letzten Monaten zwischen der Fraktion und den Vertretern der Zentrumspresse entwickelt habe. Mit Recht wies er darauf hin, daß die Fraktion weit mehr als früher das Gefühl der Zusammengehörigkeit und engster Zusammenarbeit mit der Presse habe. Er gab dem Wunsche Ausdruck, daß diese Errungenschaften auch für die kommende Tagung des neuen Reichstages erhalten bleiben möge. Geheimrat Trimborn schloß seine Ausführungen mit den Worten des Dankes und der Anerkennung der verdienstreichen Tätigkeit des Präsidenten der Nationalversammlung, Fehrenbach, und forderte die Festversammlung auf, zu Ehren des Präsidenten in ein dreifaches Hoch mit einzustimmen.

Präsident Fehrenbach dankte Geheimrat Trimborn und widmete ihm als Vorsitzenden der Fraktion für seine umsichtige und liebevolle Geschäftsführung unter lebhaftem Beifall der Fraktionsmitglieder wärmste Worte des Dankes und der Anerkennung. Er verlieh dem Vertrauen Ausdruck, daß die Wählerschaft des Zentrums, die heute noch nicht volles Verständnis für die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens des Zentrums mit den anderen Parteien der Mehrheit hätte, eines Tages eingesehen werde, daß es eine andere Möglichkeit nicht gegeben habe. Die Zeit werde kommen, in der man es dem Zentrum danken werde, daß es sich dieser Notwendigkeit nicht entzogen, sondern sich in aufopferungsvoller Arbeit dem Wiederaufbau des Vaterlandes gewidmet habe.

Lokaler Teil.

Merkblatt für den 30. April.

Sonnenaufgang	4^{32}	Mondaufgang	4^{51} N.
Sonnenuntergang	7^{32}	Monduntergang	3^{32} N.

1885 Maler Franz Defregger geb. — 1895 Gustav Freytag gest. — 1906 Dichter Emil Prinz von Schönaich-Carolath gest. 1913 Germanist Erich Schmidt gest. — 1916 Kritiker und Literarhistoriker Paul Schlenther gest.

Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, dänische oder österreichische Kronen, schweizer und französische Frank und Lire sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief" = angeboten; „Geld" = gesucht.)

Börsenplätze	28. 4. Geld	28. 4. Brief	27. 4. Geld	27. 4. Brief	Stand 1. 8. 14
Holland . Gulden	2117,75	2122,50	2112,75	2117,25	170 Mk.
Dänemark . Kronen	994,—	996,—	994,—	996,—	112 „
Schweiz . Frank	1038,75	1041,25	—	—	80 „
Amerika . Dollar	58,63	58,95	58,15	58,35	4 40 „
England . Pfund	223,25	223,75	221,75	222,25	20,20 „
Frankreich . Frank	344,68	345,40	—	—	80 „
Italien . Lire	249,75	250,25	249,75	250,25	80 „
Dt.-Österreich Kronen	28,47	28,53	28,47	28,53	85 „

Berliner Produktenverkehr. Amtlich notierte Preise der Berliner Produktenbörse am 28. April: Hafer für 1000 Kilogramm loko 3240—3310 ab Speicher frei Wagen zur Verladung 2000—2040 Mark ab Station. Tendenz: Schluß.

Parlamentarisches System und der 1. Mai.

Unsere beiden Parlamente haben über die Feier des 1. Mai langstündige Betrachtungen und Beratungen gepflogen. Man lehnte schließlich in beiden Parlamenten die gesetzliche Maifeier ab und zwar stand in dieser Frage erstmalig eine geschlossene bürgerliche Front gegen die geschlossene soz. Front. Außer den Parlamenten haben wir auch sog. parlamentarische Regierungen. Man sollte nun annehmen, daß diese parlamentarische Regierungen die Beschlüsse der Parlamente achteten. Aber was sehen wir. Kultusminister Haenisch verfügt kurzer Hand den Schulfeiertag für jeden Schüler und Lehrer, der schwänzen will. Haenisch ist Sozialist, ihm könnten also noch mildernde Umstände zugebilligt werden. Nun verfügt aber auch der Reichspostminister über die Köpfe der Parlamente hinweg einfach, daß am 1. Mai der Postdienst wie an Feiertagen zu regeln ist. Reichspostminister ist aber der Zentrumsabg. Giesberts, der Vertrauensmann einer Partei, die mit am schärfsten gegen die gesetzliche Maifeier Stellung genommen hat. Ihm können für diese Kniebeugung nach links keine mildernde Umstände zugebilligt werden. Man steht hier vor einem nackten Unverständnis. Bundesstaaten wie Hessen, Baden, Lippe und vielleicht noch andere machten den 1. Mai gesetzlich. Straßenbahner in den Großstädten stimmen einfach darüber ab, ob der Betrieb am 1. Mai ruhen soll, obschon man doch an jedem Sonntag und Feiertag Straßenbahn fahren kann. In Fabriken geht es ähnlich. Kurz ein Kunterbunt sondergleichen, ganz so wie es in Deutschland auch in anderer Beziehung ist. Jeder regiert auf eigne Faust und wenn die „Stimme" nicht reicht, eben mit Hilfe des Hausrechtes. Man muß da der Rh.-W. Ztg. recht geben, die dazu von einem „glorreichen" Beispiel eines parlamentarischen Systems spricht, wo der eine hütt und der andere hott zieht. Das Blatt sagt ferner: „Diese Regierung erbringt kurz vor den Wahlen wirklich einen Befähigungsnachweis, der ihre Gegner erfreuen kann. Man darf gespannt sein, was das Zentrum zu dem Extratanz ihrer Regierungsvertretung sagen wird."

*

□ **Himmelserscheinungen im Mai.** Die Tageslänge nimmt im Laufe des Monats weiterhin beträchtlich zu; sie beträgt am 1. d. Mts. 14 Stunden 46 Min., am 11. d. Mts. 15 Stunden 25 Min., am 21. 15 Stunden 56 Min. und am 31. Mai 16 Stunden 22 Min. Die Auf- und Untergangszeiten der Sonne sind nach mitteleuropäischer Zeit am 1. Mai 4 Uhr 31 Min. und 7 Uhr 24 Min., am 11. 4 Uhr 13 Min. und 7 Uhr 40 Min., am 21. 3 Uhr 58 Min. und 7 Uhr 56 Min., am 31. 3 Uhr 46 Min. und 8 Uhr 9 Min. Am 18. Mai findet eine teilweise Sonnenfinsternis statt, die jedoch nur in Australien und auf dem Indischen Ozean sichtbar ist. — Der Mond ist zu Beginn des Monats als nahezu volle Scheibe zu sehen. Wir haben am 8. morgens 3 Uhr Vollmond, am 11 morgens 7 Uhr letztes Viertel, am 18. morgens 7 Uhr Neumond und am 24. Mai 10 Uhr abends erstes Viertel. In den Morgenstunden des 3. Mai ereignet sich eine totale Mondfinsternis, die in Europa, im südwestlichen Asien, dem Indischen Ozean, Afrika, dem Atlantischen Ozean, im größten Teile von Nordamerika, in Südamerika und im östlichen Teile des Stillen Ozeans zu beobachten sein wird. Die totale Finsternis dauert von 2 Uhr 15 Min bis 3 Uhr 27 Min., während die teilweise Finsternis um 1 Uhr 1 Min. beginnt und um 4 Uhr 41 Min. aufhört. — Von den Planeten bleiben der Merkur und die Venus im Mai unsichtbar. Die Sichtbarkeitsdauer des Mars nimmt von 6½ bis auf 4 Stunden ab. Jupiter ist zunächst noch 5½ Stunden, am Ende des Monats etwa 2½ Stunden zu beobachten. Saturn ist die ganze Nacht hindurch zu sehen.

○ **Der Schillerpreis,** der bisher alle sechs Jahre von der Deutschen Schillerstiftung in Weimar verliehen wurde, wird künftig vom Preußischen Staatsministerium verteilt werden. Die Preisrichter werden von Fall zu Fall vom Kultusminister ernannt.

○ **Der deutsche Buchhandel organisiert sich.** Wie aus Leipzig gemeldet wird, bereitet sich eine im deutschen Buchhandel noch nicht dagewesene umfangreiche Kapitals-, Betriebs- und Personenvereinigung vor mit dem Zweck, Leipzigs Stellung als Mittelpunkt des gesamten Buchhandels zu festigen. Man will den gesamten Buchhandel in einen genossenschaftlichen Betrieb überleiten. Es soll eine Genossenschaft errichtet werden, die ein Kommissionsgeschäft größten Stils unter Übernahme der bisherigen Leipziger Kommissionsgeschäfte betreiben soll. Die Genossenschaft will danach streben, möglichst alle Firmen des Buchhandels zu Mitgliedern zu erhalten.

— Der Verband rheinisch-westfäl. Kohlenhändler in Essen, der trotz nicht einmal einjährigen Bestehens heute bereits neben 500 Einzelmitgliedern 41 Orts- und Kreisvereine mit ungefähr 1200 Vereinsmitgliedern aus nahezu allen Orten Rheinlands und Westfalens unter seiner Führung vereinigt hat, beruft für den 5. Mai eine Hauptversammlung nach Dortmund.

— Günstige Entwicklung der westfäl. Sparkassen. Es ist ein schönes Zeichen für das unbegrenzte Vertrauen zu den Sparkassen, daß gerade in kritischen Zeiten ihnen die Ersparnisse in verstärktem Maße zufließen. Das haben die westfälischen Sparkassen jetzt während der Unruhen wieder erfahren. Seit Herbst vorigen Jahres hatten die westfälischen Sparkassen allmonatlich eine Abnahme ihrer Einlagen festzustellen. Der Aufruhr-Monat März hat darin eine Wendung zum bessern gebracht. Die meisten Sparkassen hatten starke Zuflüsse. Selbst in der schwergeprüften Stadt Dortmund hat die Sparkasse im März eine Zunahme von 1,5 Millionen Mark gehabt. Im April ist der Zufluß der Spareinlagen allgemein sogar ein ungewöhnlich großer. Der Monatsabschluß wird eine starke Zunahme der Einlagen aufweisen. Es scheint, als ob die Geld-Hamsterer endlich eingesehen haben, welchen Gefahren ihr Geld zu Hause ausgesetzt ist. Wie mancher hat in dieser Zeit der Unruhen seine Geld-Hamsterei bitter bereuen müssen.

Paderborner Stadtchronik

vom 29. April.

Nochmals der „Ausverkauf der Heeresbestände".

Zur weiteren Klarstellung der Angelegenheit schreibt uns das Reichsverpflegungsamt Paderborn:

Ihre geschätzte Zeitung brachte in den letzten Tagen mehrfach Artikel, welche sich mit der Versendung von Säcken befaßten. Die Darstellung enthielt z. T. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, im Publikum falsche Vorstellungen hervorzurufen. Das Reichsverpflegungsamt bittet daher um Aufnahme dieses Artikels, der lediglich eine erschöpfende Aufklärung über den tatsächlichen Sachverhalt bezweckt.

Vom ehem. Kriegsministerium Friedensverpflegungsabteilung wurden der Faserstoff-Vertriebs-Gesellschaft m. b. H. Berlin im August v. Js. aus dem Bereiche der Intendantur 7. A.-K. eine größere Anzahl feinleinen Mehlsäcke zur Verwertung freigestellt. Von diesen Säcken sind 39 247 Stück von der Faserstoff-Vertriebs-Gesellschaft an die Firma Lipschütz & Peiser in Breslau, Junkernstr. 41/43 vor längerer Zeit veräußert worden. Diese Zahl hat das Amt auf Anordnung des Reichsschatzministers bezw. des Landesfinanzamtes Münster, Abtl. III (Reichsvermögensverwaltung „ab Magazin" hier an die genannte Firma abgeben müssen. Es handelt sich also um eine vertraglich festgelegte Verwertung der Säcke.

Die Säcke sind daraufhin an den Vertreter der Firma im Magazin übergeben. Da der Kauf der Säcke ab Magazin erfolgt ist, blieb dem Amt Versandziel und Verwendungszweck der Säcke unbekannt, da der Vertreter sich hierüber in Schweigen hüllte.

Das Amt erfuhr selbst erst nach einiger Zeit durch Organe der Eisenbahnverwaltung, daß eine Waggonladung nach Trier abgefertigt und daselbst angehalten worden sei und daß die Restmenge nach einiger Zeit als Stückgut nach verschiedenen Zielpunkten aufgegeben und hierbei angehalten worden sei.

— Folge des Kapp-Putsches. Vor einigen Tagen wurde von der hiesigen Polizeibehörde wegen Hochverrats der Angehörige der Reichswehr Geb de Chadan inhaftiert. Geb de Ch. ist der Sohn des ehem. türkischen Ministerialrats Geb de Chadan in Konstantinopel. Gebürtig in Budapest und trotz seiner Jugend durch seine politische Tätigkeit in den letzten Jahren sehr bekannt; er war der zeitweilige Leiter der Westrussischen Finanzkommission in Berlin und Odessa, Geheimcourier des Ministeriums des Aeußeren Berlin und gehörte mehrfach den alliierten und assoeierten Kommissionen, in Amsterdam, Warschau und Rom als Beisitzer und Berater an. Geb de Ch. kam 1918 aus der Schweiz nach Deutschland und übernahm das Auslandspresseamt Deutschland, war Verfasser der bekannten ersten Funksprüche an Frankreich (Die deutschen Frauen an die Frauen Frankreichs und an den Präsidenten Wilson-Washington, Die neue Demokratische Welt hat der alten Welt den Weg zur Demokratie gezeigt) usw. Jetzt wird Geb de Ch. zur Last gelegt, mit ehemaligen deutschen Armeeführern und Politikern in regester Weise am Kapp-Lüttwitz-Putsch beteiligt gewesen zu sein. Geb de Chadan gehörte zuletzt dem Hus.-Regt. 8 an, jetzt Reichsw.-Schützen-Batl. 13. Ueber den weiteren Verlauf der Angelegenheit werden wir näheres bringen.

— Der Vorstand des Soz. Vereins Paderborn setzt sich jetzt laut Beschluß der Jahresversammlung wie folgt zusammen: Vorsitzende Stahlberg und Denkner, als Kassierer Ludwig und Leonard, als Schriftführer Strüfing und Eggers sen., als Beisitzer Kleinschmidt, Anlauf, Frau Lossow und Buschmann: als Kassenrevisoren Gehrmann und Habert.

Von Nah und Fern.

× Bad Driburg, 29. April. Nachdem Rektor Hillebrand in Steinheim aus Anlaß seiner Ernennung zum Pfarrer von Attendorn sein Mandat zum Provinziallandtage niedergelegt hat, ist Bürgermeister Stock als Abgeordneter in den Westfälischen Provinziallandtag eingetreten.

)-(Münster, 29. April. Der Reichswirtschaftsverband der Beamten der staatlichen Sicherheitspolizeien, Landesgruppe Rheinland und Westfalen, teilt mit: „Am 20. und 21. April tagte in Münster ein Vertretertag des Reichswirtschaftsverbandes der Beamten der staatl. Sicherheitspolizeien, Landesgruppe Rheinland und Westfalen. Dieser Verband verfolgt keine politischen Zwecke, sondern nur die Förderung und Vertretung aller wirtschaftlichen und geistigen Berufs- und Standesbelange, sowie die Pflege der Kameradschaft und die Liebe zum Vaterlande. Eingedenk ihres Treueides steht diese „grüne" Polizei fest hinter der Regierung. Sie betrachtet es als ihre vornehmste Aufgabe, Ordnung und Gesetzlichkeit wieder zur Geltung zu bringen und das Eigentum der Bürger in jeder Weise zu schützen."

Letzte Draht- u. Korrespondenzmeldungen

Ueberreichung der Ententeerklärung von San Remo in Berlin.

bb. Berlin, 29. April. Heute vormittag überreichte der italienische Geschäftsträger Botschafter de Martino dem Reichskanzler die bekannte Ententenote, mit der die Konferenz in San Remo abgeschlossen wurde. Der Text stimmt mit der von Havas veröffentlichten überein. (Siehe gestrige Nummer.)

Die Maifeier in den Verkehrsanstalten.

TU. Berlin, 29. April. Auf Grund eines Kabinettsbeschlusses soll in den Staatsbetrieben den Arbeitern und Beamten am 1. Mai Urlaub gegen Weiterzahlung des Lohnes gewährt, in den Verkehrsanstalten aber mindestens Sonntagsdienst aufrecht erhalten werden. Das Reichspostministerium hat deshalb verfügt, daß am 1. Mai der Post-, Telegraphen- und Fernsprechdienst wie an den allgemeinen Feiertagen zu regeln ist. Diese Verfügung entspricht der Notwendigkeit für die Post- und Telegraphenverwaltung, die Maifeier einheitlich zu regeln. Ein geordneter Betrieb ist nicht aufrecht zu erhalten, wenn bei dem zahlreichen Personal der Post- und Telegraphenverwaltung Beurlaubungen von Fall zu Fall erfolgen müssen.

Der Posttarif.

TU. Berlin, 29. April. Mit dem von der Nationalversammlung beschlossenen Gesetz über die Postgebühren befaßte sich, da der Reichsrat gegen das Gesetz Einspruch erhoben hat, der Haushaltsausschuß der Nationalversammlung gestern abend aufs neue. Nach längerer Erörterung wurde ein Antrag Dr. Pachnicke (Dem.) angenommen, wonach der Nationalversammlung vorgeschlagen wird, im § 1 des Gesetzes über die Postgebühren die Regierungsvorlage wieder herzustellen. Da das Gesetz unter den obwaltenden Umständen nicht mehr rechtzeitig in Kraft treten kann, wurde das Inkrafttreten des Gesetzes vom 1. Mai auf den 6. Mai verschoben. Sodann wurde eine Resolution Dr. Pachnicke (Dem.) angenommen, wonach die Reichsregierung ersucht wird, baldigst eine Denkschrift über den Umfang und die finanzielle Bedeutung des Verkehrs in portopflichtigen Dienstbriefen und Dienstpostkarten vorzulegen, sowie Vorschläge über die Neuregelung dieser Einrichtung zu unterbreiten.

Verhaftungen.

TU. Straßburg, 29. April. In Straßburg wurde eine Anzahl Elsässer und Lothringer wegen angeblicher neutralistischer Bestrebungen und Aufreizung der Volksmassen verhaftet. Ebenso wurden Verhaftungen von Gewerkschaftsführern und kommunistischen Agitatoren aus Oberelsaß gemeldet.

Wilson gegen Gewaltabmachungen.

TU. Haag, 29. April. Man erwartet, daß Wilson dagegen sein wird, das Versailler Abkommen mit Gewalt durchzuführen, und daß er den Mächten mitteilen wird, daß er den Termin für die Zurückziehung der deutschen Truppen aus dem Ruhrgebiet verlängert wissen möchte. Seine Haltung ist daher gegen Frankreich. Die Beziehungen zwischen Washington und den Ententepremiers werden allmählich schlechter. Die demokratischen Führer im Abgeordnetenhause teilten mit, daß sie wahrscheinlich eine ausreichende Stimmenzahl im Abgeordnetenhause erhalten werden, um den Friedensschluß durchzusetzen, auch wenn Wilson sein Veto dagegen aufrecht erhält. Dafür wird Wilsons Einfluß auf die europäischen Angelegenheiten verringert. — Wilson soll beabsichtigen, gegen eine Gewaltanwendung zur Erfüllung des Versailler Vertrages Einspruch zu erheben.

Zur Frage der Entschädigungen.

TU. Brüssel, 29. April. Mit Bezug auf die Konferenz in Spa erfährt Havas, der Oberste Rat beabsichtige, die von Deutschland zu zahlende Entschädigung festzusetzen. Deutschland wird jährlich eine bestimmte Summe zu zahlen haben, die sich nach Maßgabe der Verbesserung der Wirtschaftslage des Reiches erhöht. Nach Abschluß des Uebereinkommens mit Deutschland werden die Alliierten unter sich die auf jeden von ihnen entfallende Summe festsetzen. Die Belgien zugesagte bevorrechtigte Zahlung von 2,5 Milliarden bleibt bestehen.

Nitti gegen den Friedensvertrag mit der Türkei.

eb. Basel, 29. April. Ministerpräsident Nitti erklärte dem Sonderkorrespondenten der Associated Preß, daß die Friedensbedingungen für die Türkei zu einem Kriege in Kleinasien führen würden, zu welchem aber Italien keine Soldaten stellen werde. Der Vertrag sei weder für das türkische Volk, noch für das Parlament annehmbar.

Fritz Ritter

Spezialhaus für Nähmaschinen und Schreibmaschinen
Reparaturwerk statt.

Paderborn Markt 8.

Sonnabend, den 1. Mai 1920
abends 8 Uhr
im Saale des Bürgervereins
Oeffentliche

Versammlung

Vortrag des Herrn Dr. Gramm über:
„Kleine Geister in großer Zeit",
„Aufklärung über Kapp-Putsch und Generalstreik".
Eintritt 50 Pfg.
Der Bund der Angestellten und Beamten.

Möbel- u. Stuhllager

Richard Bertram
Paderborn, Busdorfwall 20 (Hof).



Ständiges großes Lager in
Stühlen
ferner Lager in
neuen u. gebrauchten Möbeln.
Kaufe stets gebrauchte Möbel.

Spargel

täglich frisch.

Alb. Dammeyer,
Paderborn, Schildern 9.

Ausgekämmte Haare

kauft zu hohem Preis
Fritz Gülle, Perückenmachermst.,
Paderborn, Riemekestr. Nr. 14.

Bei
Hals- und Lungenleiden

verschiedenster Art, wie z. B. Katharren, tuberkulösen Erkrankungen, Asthma etc. haben, wie zahlreiche Aerzte, Apotheker und zufriedengestellte Kranke in ihren uns unaufgefordert zugesandten Mitteilungen erklären

Rotolin-Pillen

vorzügliche Erfolge erzielt

„Husten, Verschleimung Auswurf,

Nachtschweiß, Stiche im Rücken u. Brustschmerzen hörten auf." — „Appetit und Körpergewicht haben sich rasch" — „Allgemeines Wohlbefinden stellte sich ein" — So und ähnlich lauten die freudigen Anerkennungen in den Mitteilungen! — Selbstverständlich ist trotzdem damit nicht gesagt, daß nun auch jeder Lungenkranke in seinem speziellen Fall Heilung durch Rotolin finden muß, aber ein Versuch mit diesem in keinem Falle schädlich wirkenden Präparat dürfte nach solchen Erfahrungen jedem Hals u. Lungenleidenden ernstlich zu empfehlen sein. Rotolin-Pillen sind erhältlich zu Mk. 4.— pro Schachtel in jeder Apotheke, falls irgendwo nicht vorrätig, auch direkt durch uns von unserer Versand-Apotheke.

Ausführliche Broschüre kostenlos.

Ploetz & Co., Berlin SW. 68.

Ziegenlämmer

(Böckchen) frisch geschlachtet, ausgeweidet, mit Lunge Herz und Leber im Fell, per Pfund Mk. 7 — kauft ständig, außer Sonnabends (bis Freitag nachm. 5 Uhr.)
Dieselben müssen 8—14 Tage alt sein und mindestens 8 Pfund wiegen.

Albert Dammeyer,
Paderborn, Schildern 9.

Bekanntmachung

Die Auszahlung der
Jagdpachtgelder
pro 1919/20 findet vom 1. Mai bis 31. Mai 1920 bei der hiesigen Kämmereikasse Grube 1 Zimmer 15 statt.

Die beteiligten Grundbesitzer werden um Abhebung ersucht. Beträge, die innerhalb des vorgedachten Zeitraums nicht abgehoben werden, verfallen zu Gunsten der Allgemeinen Armenkasse. Eine Zusendung erfolgt also nicht.

Paderborn, 29. April 1920.

Der Magistrat.
Roeper.

Viehmarkt

zu Paderborn

auf dem Liboriberge am
Dienstag,
den 4. Mai 1920.

Der Auftrieb von Ferkeln aus verseuchten Gemeinden ist verboten.

Die Polizei-Verwaltung

In das Genossenschaftsregister ist bei der Genossenschaft

Konsum-Verein Paderborn

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

(Nr. 13 des Registers) heute folgendes eingetragen worden:

Durch Beschluß der Generalversammlung vom 1. Februar 1920 sind die Paragraphen 43, 44, 46 und 49 des Statuts geändert: die Haftsumme ist auf 60 Mark erhöht.

Paderborn,
den 8. April 1920.

Das Amtsgericht.

Innungskrankenkasse der Bauhandwerker,
Paderborn.

Freitag, den 7. Mai 1920, nachmittags ½6 Uhr,
findet bei Gastwirt **Güntermann**, am Markt, eine

Ausschuß-Sitzung

statt, wozu die Herren Ausschußmitglieder hiermit freundl. eingeladen werden.

Tages-Ordnung:
1. Rechnungslegung.
2. Satzungsänderung (Grundlöhne).
3. **Verschiedenes.**

Paderborn, d. 29. April 1920.

Der Vorsitzende
B. Kruse.

Gründlicher
Unterricht im
Klavier-: spiel :
wird erteilt in Lippspringe von
P. Schmitz.
Anmeldungen Cigarren-Geschäft des Herrn **Müllers,** Bielefelderstraße.

In Uebersee
Rauchtabak

in ¼ Pfd. Packungen Mk. 26.50
W. Hölters,
Tabakfabrikat-Großhandel.
Bad Lippspringe,
Fernruf 139.

Möbel- u. Instrumente
repar., aufpoliert mattiert
Lederfüße werden neu
Fr. Junkermann,
Paderborn, Fürstenbergstr. 38.

Anordnung

über die Regelung des Brot- und Mehlverbrauches im Kreise Paderborn vom 27. April 1920.

Auf Grund der §§ 58, 59, 60 und 61 der Reichsgetreideordnung vom 18. Juni 1919 (R. G. Bl. S. 525) wird hiermit unter Aufhebung der Verordnung vom 24. Oktober 1919, zur Reglung des Brot- und Mehlverbrauches im Kreise Paderborn folgendes bestimmt:

§ 1.

Es dürfen für den Handel nur Backwaren in folgenden Gewichten hergestellt werden:

a) Roggenbrot	von	3000 gr
dto	„	1625 „
b) Weizenbrot	„	1000 „
c) Kinderstuten	„	1000 „
d) Weizenbrötchen	„	75 „
e) Weizenschrotbrot	„	1000 „
f) Vollkornbrot (Schwarzbrot)	„	3000 „
dto. dto.	„	1625 „
dto. dto.	„	1000 „

Das Verkaufsgewicht muß bei den Backwaren noch 24 Stunden nach Fertigstellung vorhanden sein.

§ 2.

Die auf jede Brotmarkeneinheit zustehende Tageskopfmenge für die versorgungsberechtigte Bevölkerung beträgt:
a) für Erwachsene 200 gr Mehl oder 270 gr Brot,
b) für Kinder unter einem Jahr 100 gr Mehl oder 135 gr Brot.

§ 3.

Als Höchstpreis werden festgesetzt:

für ein	Roggenbrot	im Gewichte von	3000 gr	6,50 ℳ
„ „	„	„ „ „	1625 „	3,50 „
„ „	Weizenbrot	„ „ „	1000 „	2,50 „
„ „	Kinderstuten	„ „ „	1000 „	2,60 „
„ „	Weizenbrötchen	„ „ „	75 „	0,25 „
„ „	Vollkornbrot (Schwarzbrot)	„ „ „	3000 „	6,30 „
„ „	„	„ „ „	1625 „	3,30 „
„ „	„	„ „ „	1000 „	2,10 „
„ „	Weizenschrotbrot	„ „ „	1000 „	2,30 „
„ „	Pfund Roggenmehl 90%			1,20 „
„ „	Pfund Weizenmehl 90%			1,30 „

3000 gr schweres Brot sind 11 Brotmarken
1625 „ „ „ „ 6 „
1000 „ „ „ „ 4 „
abzuliefern und auf eine Brotmarke sind 225 gr Brötchen abzugeben.

§ 5.

Kinderstuten wird nur auf Kindermarken verabfolgt; in Verbindung mit dem Bezugsschein für Krankenbrot darf er auch auf andere Brotmarken abgegeben werden.

§ 6.

Die gewerbliche Herstellung und Abgabe von Kuchen und Torten in Bäckereien, Kaffees, Gast- und Speisewirtschaften, Speiseanstalten oder Erfrischungsräumen des Militärs, in Geschäftshäusern, Fabriken oder Privatvereinigungen ist verboten.

Reine Konditoreibetriebe, das sind solche Betriebe, in denen Brot weder hergestellt noch abgesetzt wird, dürfen Torten, zu deren Herstellung Getreidemehl überhaupt nicht verwendet wird, gewerblich herstellen und abgeben, im übrigen ist auch ihnen die Herstellung von Torten verboten.

§ 7.

Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnungen werden gemäß § 80 der Reichsgetreideordnung mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Erzeugnisse erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, soweit sie nicht gemäß § 72 der Reichsgetreideordnung bereits für verfallen erklärt sind.

Wenn infolge polizeilicher Untersuchung von Brotgetreide und daraus hergestellten Erzeugnissen wegen Uebertretung dieser Anordnung eine rechtskräftige, strafrechtliche Verurteilung eintritt, fallen dem Verurteilten auch die durch die polizeiliche Untersuchung erwachsenen Kosten zur Last. Diese werden zugleich mit den Kosten des gerichtlichen Verfahrens festgesetzt und eingezogen.

§ 8.

Diese Aenderung tritt am 3. Mai 1920 in Kraft. Soweit auf die Brotmarke D bereits am 1. Mai Brot entnommen wird, von diesem Tage an. Für das auf ältere Brotmarken nach dem 2. Mai entnommene Brot muß der dann gültige Preis bezahlt werden.

Paderborn, den 28. April 1920.

Der Kommunalverband.

Vertreter gesucht.

für Platz, kleineres oder größeres Gebiet zum provisionsweisen Verkauf der bewährten:
Hochleistungs - Drahtglieder - Treibriemen
mit weicher Lauffläche Patent Kaniß sowie
Draht- und Blechglieder - Förderbänder.
Bei der jetzt herrschenden Lederknappheit und Diebstahlsgefahr der Lederriemen und Mangel an geeigneten Förderbändern großer Absatz sicher. Nur solche Herren wollen sich melden, die sich mit allem Nachdruck des Verkaufs annehmen können und die in Fabriken und Betrieben aller Art gut eingeführt sind. Genaue Angabe des Gebietes, dasständig bearbeitet und bereist wird und der Artikel die jetzt verkauft werden, erwünscht.
Louis Herrmann, Dresden-A. 24.

Gesucht werden für Schwelm u. Umgegend:
Stützen, Köchinnen, Zweitmädchen und Alleinmädchen.
Gehalt nach Leistung 75—120 Mk. pro Monat
Vorherige Anmeldung erwünscht.
Weiblicher Arbeitsnachweis,
Schwelm i. Westf., Bahnhofstr. 60.

Abonniert den Anzeiger!

Trauer-Anzeigen
Totenzettel
Beileids- u.
Danksagungskarten
liefert schnellstens
Buchdruckerei des
Paderborner Anzeigers
Bahnhofstr. 12 **Paderborn** Telephon 913

Achtung!

Sonnabend, den 1. Mai 1920, im Saale des Herrn Peters, Lippspringe
Große
Abschieds-vergnügungen
verbunden mit
humoristisch. Vorträgen.
Anfang 6 Uhr.
Veranstaltet von der Sicherheits Polizei Staumühle.
Damen sind herzlichst eingeladen, Herren nur auf Einladung Zutritt.
Der Vergnügungsausschuß.

Frischen
Braunschweiger
Spargel

täglich eintreffend.
I. Sortierung: per Pfd. . . . Mk. 3.50
II. Sortierung: per Pfd. . . . Mk. 2.75.
III. Sortierung: per Pfd. . . . Mk. 2.00
Rheinisch-Westfäl. Importhaus
Matthäus Möck,
Paderborn
Neuhäuserstraße 82.
Fernruf 354.

Vergrößerungen
Walter Müller :: Paderborn
Vergrößerungsanstalt
Kamp 10 I. Fernspr. 718.

Pistolen, Revolver, Munition
stets auf Lager.
Neuwerke Preise.
M. Helbig,
Paderborn,
Tel. 633.

Spargel

feinster Braunschweiger, täglich frisch eintreffend,
Qual. I pr. Pfd. 3.00 M.,
„ II „ „ 2.50 „
Bestellungen auf Einmachspargel werden erbeten und der Reihe nach erledigt.
Westfälisches Kaufhaus,
Paderborn.

Wachsbohnen,
1 Pfund 4.50,
weiße Bohnen,
1 Pfund 3.40,
grüne Erbsen,
1 Pfund 4.00,
Steinsalz,
100 Pfund 20.—.
Jos. Montag
Paderborn,
Kilianstr. 14. Fernruf 135.

Fahrrad-, Nähmaschinen-, Zentrifugen-Reparaturen
werden in meiner Werkstatt prompt und billig ausgeführt.
Eigene Emaillier-Anstalt.
Joh. Wilh. Schnitz,
Paderborn.

Ein guterhaltener
Federwagen und ein Ofen
zu verkaufen.
K. Kreis, Paderborn
Kamp 31.

---

2 oder 3 unmöbl. Zimmer
sucht Beamter.
Angebote unter Nr. 53 an die Gesch. des Pad. Anzeig.

An- und Verkauf
von gebr. Kochherden, Kesselöfen, Oefen, Gaskochern, Waschmaschin, Wagen u. dgl.
Aloys Stratmann,
Kasselerstr. 21. Telef. 732

Große Auswahl in
Bilderleisten.
Einrahmung von Bildern und Brautkränzen
Karl Kreis,
Paderborn, Kamp 31.
Devotionalien u. Buchhandlung, Buchbinderei- und Bildereinrahmungsgeschäft.

Kaufe dauernd Hühner!
zahle sehr gute Preise.
Dornbach, Köln-Sülz 14,
Aegidiusstraße 58.

Verlangen Sie
meine neue Preisliste über
Waffen, Teschings, Revolver, Selbstladepistolen u. sämtl. Munitionen.
Joh. Wilh. Schnitz,
Paderborn,
Schildern.

Kathol. Kirchenkalender.

Universitäts- und Marktkirche. Freitag morgen 6½ Uhr feierl. Hochamt zu Ehren des hl. Geistes mit Segen. — Während des Monats Mai jeden abend 8 Uhr Maiandacht.

Herz-Jesu-Kirche. Freitag morgen 7¼ Uhr feierl. Hochamt zum hl. Geiste zur Erflehung einer guten Bischofswahl. — Samstag, 1. Mai, abends 8 Uhr Beginn der Maiandacht mit Aussetzung des Allerheiligsten.

Franziskanerkirche. Freitag morgen ½8 Uhr Herz-Jesu-Hochamt. Abends ½8 Uhr Andacht.

Druck und Verlag des Paderborner Anzeigers, Akt.-Ges. Geschäfts- und Schriftleitung: Martin Wagner in Paderborn.